

Artikel vom 16.04.2021

Presseerklärung von Marlene Mortler MdEP

Bürgerinitiative: Ende der Käfighaltung in Europa



Mortler begrüßt Forderung nach mehr Tierwohl

Brüssel. 16. April 2021: Gestern fand in einer gemeinsamen Sitzung des Agrarausschusses und des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments eine öffentliche Anhörung mit der Europäischen Bürgerinitiative „End the Cage Age“ statt. Die Initiative fordert die Abschaffung der Käfighaltung von Nutztieren in der europäischen Landwirtschaft. Die Agrar- und Ernährungspolitikerin der CSU im Europaparlament, Marlene Mortler, begrüßt die Forderung nach europaweiten einheitlichen Standards für mehr Tierwohl, fordert für die Landwirte aber eine Folgenabschätzung, eine transparente Kennzeichnungspflicht und eine ausreichende Übergangsfrist mit finanzieller Unterstützung:

„Tierwohl liegt uns allen am Herzen. Mit 1.4 Millionen Unterzeichnern aus der ganzen EU zeigt das Thema eine große gesellschaftliche Bedeutung. In einem Binnenmarkt kann und darf man Tierwohl nicht in Ländergrenzen denken, es ist ein europäisches, ja ein internationales Thema und der Ruf der Initiatoren nach einer einheitlichen europäischen Regelung ist damit völlig berechtigt. Denn es ist vor allem die Einheitlichkeit, die fehlt. Während in Deutschland beispielsweise die Käfighaltung bei Legehennen bereits verboten ist, ist dies in anderen europäischen Staaten weiterhin gängige Praxis. Wie Tiere untergebracht sind und leben, hat gravierende Auswirkungen auf ihre Gesundheit, Leistung und Langlebigkeit.

Ein europaweites generelles Verbot der Käfighaltung hätte einerseits positive Auswirkungen.

Andererseits kämen auf die betroffenen Landwirte eine große Verantwortung und finanzielle Belastungen zu, mit der die Politik sie nicht alleine lassen darf. Die Folgenabschätzung eines Verbots ist dringend geboten. Ein Wandel des Systems gelingt nur gemeinsam mit den europäischen Bäuerinnen und Bauern. Eine ausreichende und vernünftige Übergangszeit wäre genauso notwendig, wie eine finanzielle Unterstützung und andere Anreize.

Sowohl in der Neuregelung der Gemeinsamen Agrarpolitik als auch in der Farm-to-Fork-Strategie sind Ansätze vorhanden, wie Gelder gezielt eingesetzt werden könnten, um einen Umstellungsprozess zu fördern und zu steuern. Wir werden die Überarbeitung der EU-Verordnung über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere konstruktiv begleiten.

Drittlandsimporte: Kennzeichnungspflicht muss funktionieren

Zu klären gilt es auch den Umgang mit Drittlandsimporten. Strengere EU-Regelungen hätten keinen Nutzen, wenn stattdessen Billigprodukte weiterhin importiert und in der Lebensmittelindustrie wie bisher verarbeitet werden würden. Wir brauchen deshalb endlich eine transparente Kennzeichnungspflicht der Herkunft und der Ursprungsform in den verarbeiteten Lebensmitteln. Um unsere Landwirte für den Wandel zu gewinnen, muss die Politik faire Bedingungen schaffen. Und der Verbraucher muss bereit sein, für mehr Tierwohl an der Ladenkasse tiefer in die Tasche zu greifen.“